

Sozialismus.de

Heft 1-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



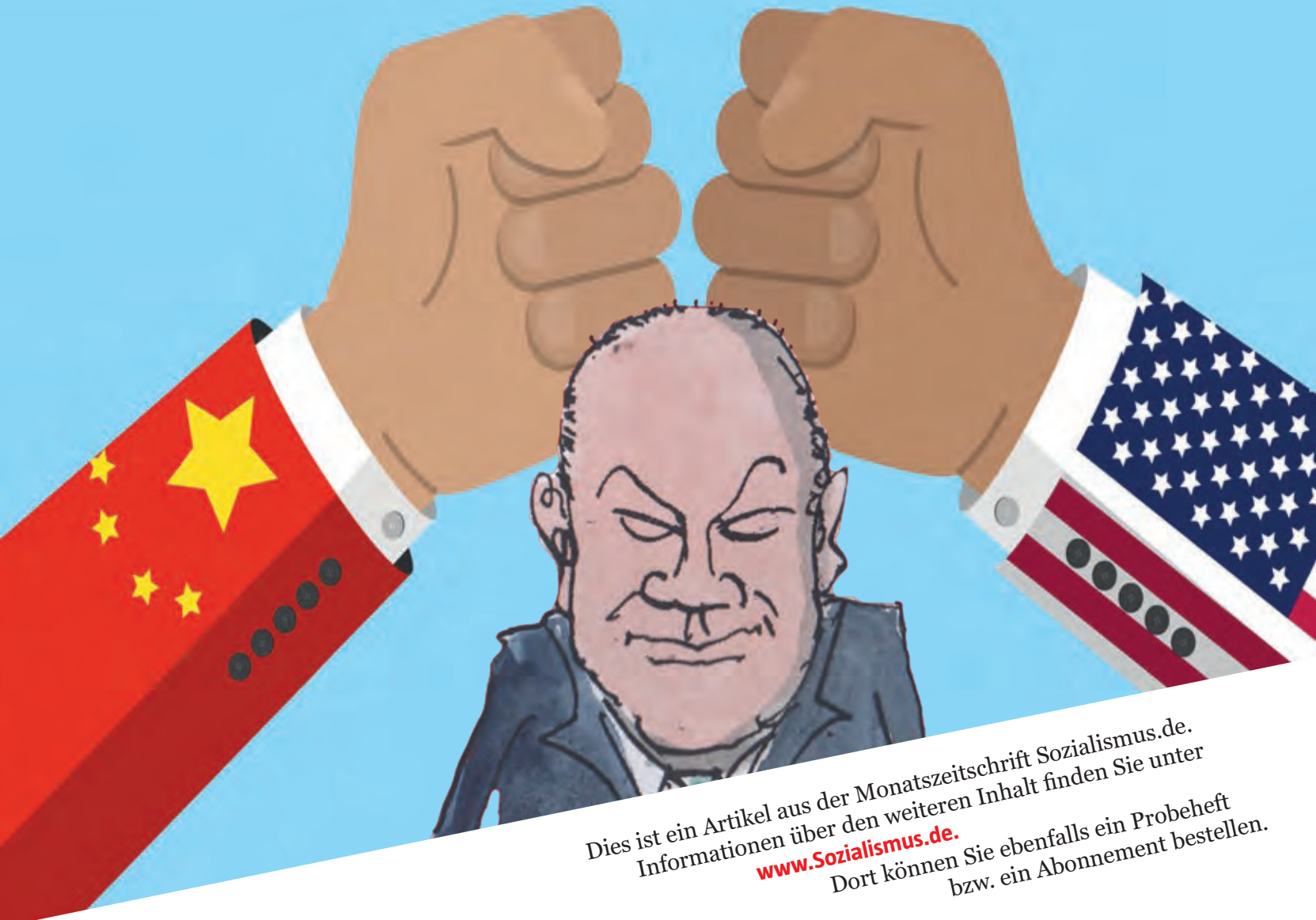
Frank Deppe: Gewerkschaften auf der Höhe der Zeit?

Otto König/Richard Detje: »Löchrige« Bürgergeld

Beiträge u.a. von Alban Werner, Heinz Bierbaum, Wolfgang Müller, Florian Weis, Joachim Bischoff, Björn Radke, Bernhard Müller, Friedrich Steinfeld, Bernhard Sander



Forum Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Eskalation auch im Informationskrieg

Nach 300 Tagen Krieg in der Ukraine wird die globale Öffentlichkeit mit einer Eskalation im Informationskrieg konfrontiert: Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat in seiner ersten Auslandsreise nach Kriegsbeginn die USA besucht. [...]

Der ANC-Kongress in schwierigen Zeiten

Der Kurs des südafrikanischen Rand gegenüber dem US-Dollar und dem Euro steigt, als am Montag bekannt wird, dass Cyril Ramaphosa, der Präsident der Republik Südafrika, als Präsident des ANC wiedergewählt wurde. Die ANC-Präsidentschaft geht mit der Nominierung als Präsidentschaftskandidat einher, und der ANC hat seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 immer die absolute Mehrheit erhalten. [...]

Unappetitlicher Wahlkampf in der Türkei

Die Türkei wählt im ersten Halbjahr 2023 das Parlament und den Präsidenten neu – doch ob die Opposition eine Chance hat, die Mehrheit zu erobern und Recep Tayyip Erdoğan als Staatspräsidenten abzulösen, ist noch völlig offen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Neue Welt(un)ordnung?

- Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: Olaf Scholz als politischer Visionär
Zwischen Ausnahmezustand, Krisenverwaltung & täglicher Regierungspraxis 2
- Friedrich Steinfeld: Weltunordnung und Krieg
Die Folgen gescheiterter Transformationsprozesse 8
- Bernhard Sander: Sand im Getriebe des deutsch-französischen Motors 14

Sorgen um die Welt von morgen

- Björn Radke:
Globaler Pakt gegen das Artensterben 19
- Wolfgang Müller: Der Krieg um Zukunftstechnologien
Die US-Chip-Sanktionen gegen die Volksrepublik China 22

Ökonomie im Kriechgang, die Linke hoffnungsvoll

- Bernhard Müller: Wirtschaft »im Kriechgang« mit wachsender sozialer Spaltung
»Milde« Rezession bei gleichzeitigen »Wohlstandsverlusten«
für die Beschäftigten 27
- Alban Werner: DIE LINKE – Hoffen auf ein Licht am Ende des Tunnels
Über eine Partei in schrittweiser Auflösung 33
- Heinz Bierbaum: Die Europäische Linke 39

Forum Gewerkschaften

- Frank Deppe: »Auf der Höhe der Zeit sein«
Die krisenhafte Entwicklungsgeschichte der bürgerlich-kapitalistischen
Gesellschaft und die Geschichte der Gewerkschaften 42
- Otto König/Richard Detje: »Löchriger Schutzschirm«
Bürgergeld: neuer Namen, altes Denken – das Hartz-IV-Regime bleibt 48
- Christoph Ehlscheid: Totgesagte leben länger! 51
- Forum Gewerkschaften: Arm und ausgegrenzt. WSI-Verteilungsbericht 2022:
Steigende Armut und Vertrauensverluste in politische Institutionen 52
- Richard Detje: Handbuch Tarifvertrag (zu Klaus Langs und Stefan
Schaumburgs Band über Geschichte, Praxis und Perspektiven) 55

Buchbesprechung

- Florian Weis: »Das Ziel erreicht – aber erst mit Streik«
Etappen Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration 57

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

- Impressum 53
- Tipps zum Hingehen oder Online 60
- Klaus Schneider: She Said (Filmkritik) 61

DIE LINKE: Hoffen auf ein Licht am Ende des Tunnels

Über eine Partei in schrittweiser Auflösung

von ■ Alban Werner



Auseinangedrufftet: Linkspartei und Sahra Wagenknecht (bearbeitete Foto: picture alliance/dpa)

DIE LINKE ist in einer existenziell bedrohlichen Lage. Sie ist praktisch an allen wichtigen, inneren und äußeren Handlungsumwelten einer Partei akut gefährdet. Bei *Wahlen* hat sie nahezu überall verloren. Ihr Einzug in Landtage westdeutscher Flächenländer scheint nach den Verlusten im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gerade nirgendwo absehbar. Eine, allerdings begrenzte, Sonderrolle spielen die Stadtstaaten Bremen und Berlin, in denen DIE LINKE mitregiert. Auch in den neuen Bundesländern ist die Zustimmung bei Wahlen deutlich rückläufig, einschließlich der bisherigen Hochburg Thüringen. Weiterhin ist DIE LINKE erheblich weniger präsent und wirkmächtig als *politische Kraft im öffentlichen Raum*, als Referenzgröße und Ansprechpartnerin politischer Anliegen. In vielen Alltagsgesprächen über Probleme auf der innen-, europa- und weltpolitischen Ebene spielt sie keine Rolle.

Der »heiße Herbst« gegen die Krisenpolitik der Ampel-Regierung ist überdeutlich gescheitert, konnte er doch weder in relevantem Umfang Massen mobilisieren, noch merklich die Koordinaten der Debatte verschieben. Schließlich gibt DIE LINKE als *Organisation* kein schmeichelhaftes Bild ab. Hierzu beigetragen haben erstens der inzwischen verhärtete Streit zwischen der Mehrheit der Bundestagsfraktion und derjenigen im Parteivorstand, der durch provokative Äußerungen Sahra Wagenknechts wiederholt befeuert wurde. Negativfaktoren waren zweitens die sog. me too-Skandale, bei denen bis heute ungeklärt ist, wie stark die Skandalisierung sachgerecht tatsächlichen Missständen entspringt oder unter Hinzunahme von Massenmedien als zynischer Schachzug im innerparteilichen Machtkampf sowie

■ Alban Werner lebt in Köln und ist Mitglied der SOST AG.

als Spielweise eines empörungsgetriebenen Politikstils genutzt wurde. Negativ zu Buche schlagen drittens die sich mehrenden Austritte in alle Richtungen, die bei ausbleibender Umkehr auf ein sukzessives »Ausbluten« der Partei hinauslaufen.

Versuch einer Periodisierung der LINKEN

Ohne der Zeitgeschichte über Gebühr Gewalt anzutun, lassen sich in der Entwicklung der LINKEN bislang fünf Phasen unterscheiden.

In der *ersten Phase von 2003–2005* gelingt der Übergang von außerparlamentarischer linker Bewegung zur erstmalig erfolgreichen Kandidatur einer Partei links von SPD und Bündnisgrünen zum Bundestag. Im Nachhinein wird deutlich, wie spezifisch und daher wahrscheinlich unwiederholbar diese Konstellation gewesen ist. Zum einen verlagert sich unter dem Eindruck der Agenda 2010-Politik der rot-grünen Bundesregierung das Themenregister der außerparlamentarischen und vielfach zersplitterten linken Gruppen und Grüppchen von abstrakt-komplexeren Themen wie Antikapitalismus, Finanzmärkten und Globalisierung auf alltagsnähere Probleme wie soziale Rechte. Die kritisierte Politik trifft nicht nur Marginalisierte, sondern auch die Kernklientel der Sozialdemokratie. Relevante Teile des gewerkschaftlichen Mittelbaus wenden sich von der SPD ab. Unter dem Eindruck einer neoliberalen Allparteienkoalition, mit der hinzugetretenen Prominenz des vormaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine reicht es für einen historischen Einzug in den Bundestag.

In der *zweiten Phase 2005–2009* folgt zunächst ein heute bereits vergessenes Zwischentief in den Umfragen, das jedoch durch den ersten erfolgreichen Einzug in ein westdeutsches Landesparlament in Bremen und den Vereinigungsparteitag 2007 überwunden wurde. Die Partei fährt Erfolge durch die Schwächen ihrer Konkurrenz und geeignete Feindbilder ein, bis 2010 gelingen Neueinzüge in westdeutsche Landtage. Die weiterhin neoliberal geprägte Politik der ersten Merkel-Regierung diskreditiert vor allem die SPD, die Rente erst ab 67, die Erhöhung der Mehrwertsteuer u.a. Die Finanzkrise blamiert die bisherige Deregulierungspolitik.

Kaum bemerkt, reflektiert und debattiert jedoch werden mehrere innere und äußere Entwicklungen: Erstens ist die Teilnahme an Straßenmobilisierungen gegen Sozialabbau seit 2004 rückläufig. Zweitens gelingt es nicht (und wird rückblickend betrachtet auch zu wenig versucht), die Verabschiedung der sog. Schuldenbremse zu verhindern. Drittens geraten die Gewerkschafter*innen und andere Gründungskreise der WASG bei Vorstandswahlen und Listenaufstellungen der LINKEN ins Hintertreffen durch eine parteiinterne Abwehrkoalition aus sog. Reformlinken und linksradikalen Kräften, die ihre jeweiligen Bataillone inzwischen konsolidiert haben. Zugleich setzt viertens die SPD Einiges daran, nach dem Schock über den ausgebuhten Auftritt Franz Münteferings beim DGB-Kongress 2006 sowie Erster Mai-Kundgebungen ohne Einladungen an die Sozialdemokratie wieder Boden gut zu machen bei gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten.

Nach dem wahlpolitischen Höhepunkt der Bundestagswahl beginnt alsbald *die dritte Phase der LINKEN 2009–2013*. DIE

LINKE hat ihren Zenit überschritten, wenn auch die Hochphase unterschiedlich schnell und stark abklingt. Bei den Landtagswahlen in westdeutschen Flächenländern erleidet die Partei bis 2012 empfindliche Niederlagen und wird ihrer Fraktionen verlustig. Die für alle überraschende Ankündigung des krankheitsbedingten Kandidaturverzichts Oskar Lafontaines Ende 2009 und der damit verbundenen vorübergehenden Ausgrenzung Dietmar Bartschs aus den ostdeutschen Führungszirkel schafft ein Machtvakuum, das die neuen Vorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst nicht füllen können. Der innerparteiliche Machtkampf wird zunehmend rücksichtsloser geführt, es entsteht das Bild einer zerstrittenen Truppe.

Mehrere dahinterstehende Entwicklungen, werden wiederum von und in der Partei unzureichend erkannt und analysiert: Erstens der Zerfall des neoliberalen Blocks, zu dessen Totschein der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag 2009 wird. Sämtliche wirtschaftsliberalen Wünsche der FDP werden auf Geheiß Merkels auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben und faktisch beerdigt. Zweitens wächst die SPD als Oppositionsführerin in eine neue Rolle. Sie streift erfolgreich das Image der Gerhard Schröder- und Agenda 2010-Partei ab und kann DIE LINKE aus den westdeutschen Landtagen verdrängen.

Drittens endet die Themenkonjunktur der sozialen Frage, ihr folgt ein ideologisches Vakuum. Weniger die geringe gesetzgeberische Tätigkeit der zweiten Merkel-Regierung stachelt zum Protest an, sondern digitalisierungsbezogene Themen wie das Produktpiraterie-Abkommen ACTA, Stuttgart 21 und die kurzzeitige Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Bildungspolitisch erreichen Bewegungen von Studierenden Fortschritte durch die überall vollzogene Abschaffung der Studiengebühren. Weniger reflektiert wird jedoch die faktische Zementierung des ständisch-hierarchischen Schulsystems durch den erfolgreichen Bürgerentscheid in Hamburg von 2010, der zugleich das Ende der dortigen schwarz-grünen Koalition besiegelt.

Das Protestwählenden-Potenzial kehrt sich von der LINKEN ab und wendet sich zwischenzeitlich den PIRATEN, am Ende der Wahlperiode der neu gegründeten AfD zu. Schließlich signalisiert das enttäuschende Wahlergebnis der Bündnisgrünen nach dem Bundestagswahlkampf 2013, dass die von ihnen in den Vordergrund gestellte Umverteilung kein Gewinner-Thema ist. Zusammengenommen signalisiert dies das Ende des politischen Zyklus, der Gründung und erste Wahlerfolge der LINKEN ermöglichte.

Äußere und innere Entwicklungen retten die Partei rechtzeitig zur Bundestagswahl 2013: Während die Ausgrenzung durch die SPD der LINKEN in den Ländern zum Problem wird, bleibt ihr auf der Bundesebene ein »Bonus«. ¹ Da die SPD und ihr Kandidat Peer Steinbrück sich mit der Absage an eine rot-rot-grüne Koalition um jede realistische Perspektive bringen, die nächste Bundesregierung anzuführen, erscheint eine Stimme für DIE LINKE nicht verschenkt. Zum ersten Mal wird die Partei stärker in den alten als den neuen Bundesländern gewählt, was sich zunehmend auch in der räumlichen Verteilung der Mitglieder spiegelt. Innerhalb der LINKEN gelingt es dem neuen Vorsitzenden-Duo Katja Kipping und Bernd Riexinger, die Partei zunächst befriedend zu stabilisieren – wie im Nachhinein deutlich

wird, allerdings um den Preis programmatischer und strategischer Erstarrung und Sterilität.

In der *vierten Phase der LINKEN 2013–2018* verfestigt sich ein Bild wahlpolitischer Stagnation bei fortgesetzten innerparteilichen Pattsituationen. Spätere innere Spaltungslinien schieben bereits während der »Flitterwochen-Phase« des Führungsduos Kipping/Riexinger auf. In der Auseinandersetzung um die »Montagsmahnwachen für den Frieden« 2013/2014 und den »Friedenswinter« 2014, in der um Bewertung der russischen Geopolitik und der Krim-Annexion durch Putin sowie um Distanzgebote zu Verschwörungsideologen wie Ken Jebsen u.a. gestritten wird, sortieren sich im Wesentlichen die heute klar gezeichneten »Lager«.

Vorübergehend kann DIE LINKE mit der Mobilisierung gegen TTIP/CETA wieder ganz bei sich sein. Dann jedoch trifft sie die Flüchtlingskrise von 2015 mit voller Wucht. Zum einen verliert die Partei als Teil der informellen, ganz großen Koalition der Willkommenskultur an Alleinstellungsmerkmalen. Zum anderen gerät DIE LINKE äußerlich in Bedrängnis durch das Comeback der zwischenzeitlich dem Umfragetod nahen AfD, die Erfolge auch bei Unterprivilegierten einfährt, was eine bis heute andauernde, erbitterte Auseinandersetzung um die Ursachen zur Folge hat, befeuert durch wiederholte Provokationen von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine sowie Ausschlussforderungen ihrer Gegner*innen.

Wiederum wird DIE LINKE durch die Schwäche der Konkurrenz gerettet: Durch das Abschmelzen des kurzen Martin Schulz-Hypes vor der Bundestagswahl 2017 erscheint eine Stimme für DIE LINKE unproblematisch, gilt eine nochmalige Kanzlerschaft Angela Merkels ohnehin als sicher. Ähnlich wie SPD und die Bündnisgrünen erlebt auch DIE LINKE ab 2017 einen Zulauf vor allem junger Neumitglieder, die aufgeschreckt von Erfolgen der AfD und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten parteipolitisch aktiv werden.

Kaum ernsthaft und folgenreich debattiert werden in dieser Phase die erstmalige Führungsposition der LINKEN in einer Landesregierung in Thüringen sowie die erneute Mitregierung in Berlin unter Rot-Rot-Grün. Dies soll sich später für die kommunale Ebene fortsetzen, wo etwa westdeutsche Koalitionsbeteiligungen in Bonn oder Bielefeld kaum in der Breite der Partei thematisiert werden. Den strategischen und intellektuellen Stillstand befestigt, dass die unterschiedlichen Machtzentren der Partei zunehmend gegeneinander arbeiten: Auf der einen Seite Parteivorstand, Karl-Liebknecht-Haus und Rosa-Luxemburg-Stiftung in Loyalität zu Kipping und Riexinger, auf der anderen Seite die Bundestagsfraktion unter Kontrolle des »Hufeisens« aus Anhängern Dietmar Bartschs und Sahra Wagenknechts.

In der *fünften, bis heute andauernden Phase seit 2018* schließlich drängen nacheinander Themen in den Vordergrund, bei denen DIE LINKE kaum Profilierungsmöglichkeiten erringen kann oder die ihre lange verdrängten Defizite offenbaren. Nachdem die Bündnisgrünen noch bei Landtagswahlen und der Bundestagswahl im Jahr 2017 enttäuschende Ergebnisse eingefahren haben (minus 1% und Verlust der Landtagsfraktion im Saarland am 26. März; minus 3% in Schleswig-Holstein am 7. Mai; minus 6,4% in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai; minus 5% in Niedersachsen am 15. Oktober), wird Deutschland 2018 zu

einer Hochburg der »Fridays for Future«-Demonstrationen für mehr Klimaschutz. In der Folge beginnen ein beispielloser Mitgliederzustrom und eine wahlpolitische Erfolgsserie für Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die 2021 in der Kanzlerinnenkandidatur Annalena Baerbocks gipfelt. Die Corona-Pandemie führt ab Anfang 2020 zu einer Phase politischer Lähmung, das gestiegene Sicherheitsbedürfnis des Elektorats spült die Unionsparteien in Umfragen nach oben, bis im Frühjahr 2021 im Vergleich mit anderen Ländern die Defizite des Pandemie-Managements als solche erkennbar werden.

Der LINKEN fällt in mehreren Schritten die lange Verdrängung vergangener Jahre auf die Füße. Zunächst hängt die Kampagne zur Bundestagswahl in der Luft, weil das Bild der Zerstrittenheit im Frühjahr durch Auseinandersetzungen um Wagenknechts Buch »Die Selbstgerechten« befeuert wird und das Signal zur Mitregierung kommunikativ nicht zünden will. Zum anderen blamiert sich die altlinke, dogmatische Haltung zur Außen- und Sicherheitspolitik irreparabel bei der Bundestagsabstimmung im Sommer zur Evakuierung der Hilfskräfte aus Afghanistan sowie überdeutlich und unübersehbar vor und nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. In der Partei entbrennt ein Richtungs- und Generationenkonflikt zwischen denjenigen, die faktisch auch um den Preis einer (teilweisen) Annexion der Ukraine durch Russland nach wie vor den Hauptgegner nur in der NATO erkennen können sowie denjenigen, die gegen die imperialistische Aggression Putins das Völker- und Selbstverteidigungsrecht betonen, sich aber größtenteils maximal zu Sanktionen als Gegenmaßnahme durchringen können. Obwohl das attackierte Land ohne Waffen aus dem Westen von Putins Armee erfolgreich überrannt worden wäre, lehnt eine deutliche Mehrheit der LINKEN Waffenlieferungen ab.

In der Zwischenzeit ist nicht nur über die Meinungsverschiedenheiten bei diesem Thema die Entfremdung und Verbitterung gegeneinander in der LINKEN bemerkenswert weit fortgeschritten. Spätestens 2015 beginnend, ist die frühere Anordnung der innerparteilichen Strömungen mittlerweile obsolet. Die Stagnation regiert nicht nur strategisch, sondern auch intellektuell – Anhänger*innen der empirisch vielfach widerlegten These eines »kommunitaristischen«, unterprivilegierten Elektorats stehen gegen das nichtssagende, weil letztlich alles umfassende Buzzword der »verbindenden Klassenpolitik«. Ein erster Ausbruchversuch von Ersteren mit der Sammlungsbeziehung »Aufstehen« scheitert 2019 trotz anfänglicher Medienaufmerksamkeit kläglich an innerem Zwist, politischen Defiziten der Gallionsfigur Wagenknecht, ausbleibendem Zulauf der gewünschten Zielgruppe und widersprüchlichen Signalen ums eigentliche Ziel (eigenständige Bewegung, Änderung der inner-LINKEN Mehrheitsverhältnisse oder neue Partei?). 2022 werden Gerüchte um eine Abspaltung aus der LINKEN um Wagenknecht immer lauter.

¹ Horst Kahrs, DIE LINKE und ihre Wählerinnen und Wähler. Eine Geschichte des wechselseitigen Missverstehens?, in: PROKLA 209, 52. Jg., Nr. 4, Dezember 2022, S. 591-606, hier S. 593.

Strukturprobleme der LINKEN in der heutigen Konjunktur

In seinem bestechenden Essay zur gesellschaftlichen und parteipolitischen Linken im ersten Fünftel des 21. Jahrhunderts benennt Göran Therborn drei Master-Trends oder globale Herausforderungen, an denen bzw. an deren Auswirkungen sich politische Kräfte absehbar zu bewähren haben: den Klimawandel, die Geopolitik der aus den Fugen geratenen Welt und die beträchtlich gestiegene Ungleichheit.²

Unsichtbar in der Klimafrage

Spezifisch auf DIE LINKE bezogen besteht ein Teil ihrer Probleme darin, von der Wählerschaft erstens keine sachlichen Kompetenzen zu den Mega-Trends zugesprochen zu bekommen, die Therborn als bestimmende Herausforderungen im frühen 21. Jahrhundert ausmacht. Zweitens leidet sie daran, abgesehen vom inhaltlichen Defizit im Auge der Wähler*innen auch kein Image als politisch relevante, weil durchsetzungsfähige Kraft zu genießen, mit der sich die Auseinandersetzung lohnt.

In der *Klimafrage* liegen die Bündnisgrünen als geschichtlich und im Alltagsbewusstsein mit der ökologischen Frage verbundene Kraft uneinholbar weit vorne. Es bestehen bei der Bevölkerung gleichzeitig eine Zustimmung zur Notwendigkeit einer wirksamen Klimapolitik und eine Ungewissheit darüber, wie diese zu erreichen und welcher Preis für sie zu bezahlen ist. Dies hat nicht zuletzt mit der sachlichen, sozialen und zeitlichen Beschaffenheit dieser Herausforderung zu tun. Sachlich wird bei der Klimapolitik mit sehr abstrakten Aggregaten von internationalen Entwicklungen argumentiert, für deren Richtigkeit und entsprechende Schlussfolgerungen man sich auf Expertise verlassen muss. Die vor allem durch den radikalen Rechtspopulismus von Donald Trump u.a. geschürte Klimaleugnung in Polarisierung gegen die »Follow the Science!«-Gegenrufe von »Fridays for Future« u.a. täuscht über ein wichtiges hegemoniepolitisches Problem hinweg: Auch Teile der Klimabewegung und ihr inhaltlich nahestehende Wissenschaftler*innen ließen sich zu stark auf den thematischen Zugriff des Rechtspopulismus ein, das Problem als Wissens- und Wahrheitskonflikt auszutragen,³ und vernachlässigten darüber seine hegemoniepolitische Dimension. Man erinnere sich daran, wie die Kanzlerkandidatin der Bündnisgrünen im Wahlkampf 2021 nicht nur über ihre dilettantisch gemanagte Buchveröffentlichung, sondern auch über Aussagen zu Benzinpreissteigerungen aus Umweltschutzgründen stolperte – obwohl sie leicht überprüfbar fast alle Sachargumente auf ihrer Seite hatte.⁴

Die militanten Aktionen von Klimabewegten wie das Festkleben auf vielbefahrenen Straßen oder Bewerfen berühmter Gemälde sind letztlich nur eine Fortsetzung der gleichen Logik. Sie offenbaren eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den Alltagsorgen der Leute und eine Gleichgültigkeit gegenüber der Frage, wie in diesen eine hinreichende Resonanz für klimapolitischen Handlungsbedarf erreicht und in wirksamen politischen Druck gegenüber politischen Institutionen und regierenden Mehrheiten gefunden werden kann. Eine diffuse gesellschaftliche Mehrheit reicht nicht hin, um einer Politik zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels Priorität gegen die verbliebenen Vetopunkte

des Neoliberalismus in Gestalt der Schuldenbremse durchzusetzen, und dann für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren umzusetzen, die jeweils eigene Brems- und Blockadepotenziale bereithalten. Im derzeitigen Modus taugen die Aktivismen nur für kurze Disruption. Erreicht wird vor allem eine Debatte um Legitimität der Protestform, keine höhere Dringlichkeit des Protestanliegens. So bleibt das als Menschheitsanliegen verfochtene Ziel der Klimaneutralität in einer Falle steriler Selbstbezüglichkeit stecken. In dieser Auseinandersetzung ist DIE LINKE kaum wahrnehmbar, trotz mitunter lobenswerter Initiativen und Ansätze ihrer mitregierenden Landesverbände in Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie bundesweit auf kommunalpolitischer Ebene.

Zerrissen in der Geopolitik

Die Frage der *Geopolitik*, die sich heute unausweichlich im Krieg um die Ukraine kristallisiert, ist bei ihrer Rezeption in Deutschland von allen Seiten mit erheblichen Projektionen, ungleichen Maßstäben und Unehrligkeiten behaftet. Ohne allzu grobe Vereinfachung gegenüber den Akteuren erblickt man am einen Ende des Spektrums einen liberalen Bellizismus mit leicht messianischen Anklängen. Die Ukraine, so kann man etwa in Aufrufen und Aussagen von Exponenten des »Zentrums Liberale Moderne« u.a. lesen, verteidige mit ihrer Gegenwehr zum russischen Einmarsch auch »unsere Sicherheit und die Grundwerte des freien Europas«.⁵ Dementsprechend wurde die Forderung nach Waffenlieferungen über die Begründung einer Unterstützung der Selbstbestimmung und des Selbstverteidigungsrechts hinaus mit einem ungehemmten moralischen Überschuss verfochten. Am anderen Ende finden sich diejenigen, die die russische Verantwortung für den Angriffskrieg in unterschiedlicher Form und Radikalität relativieren, jeglicher militärischer Unterstützung sowie den Sanktionen gegen Russland eine strikte Absage erteilen und sofortige Verhandlungen fordern.

Die Einstellung des »freundlichen Desinteresses«⁶ gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik in der Ära Merkel ist einer scharfen Polarisierung gewichen. Bei den Erstgenannten wird die Ukraine zur positiven Projektionsfläche, wobei über deren demokratiepolitische Defizite zu schnell hinweggesehen wird. Bei den Letztgenannten scheint die NATO für letztlich alles Übel der Welt verantwortlich, woraus abgeleitet wird, mit dem Völkerrecht unvereinbare und leidlich als »Sicherheitsinteressen« maskierte Großmachtansprüche Russlands zu legitimieren. Unehrllichkeit mischt sich in den Streit insofern, als beide Seiten zu wenig die Kehrseite ihrer Position zur Kenntnis nehmen und kenntlich machen.

Der Ukraine ohne Mitbestimmung über die Ziele ihres Verteidigungskriegs Waffen zu liefern sowie das Sanktionsbündel gegen Russland aufrechtzuerhalten kann bedeuten, einen länger sich hinziehenden Konflikt sowie problematische, nicht vollständig kompensierbare Wohlfahrtsverluste über den Kanal der Energieversorgung hinzunehmen. Die Forderung nach sofortigen Friedensverhandlungen nur an die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer*innen zu richten hingegen wird unübersehbar davon begleitet, dem angegriffenen Land faktisch Gebietsverzichte anzuempfehlen. Dies bedeutete aber in der Konsequenz die Belohnung eines imperialistischen Angriffskrieges.

DIE LINKE ist hier nach mehreren Seiten hin zerrissen. Sie erlitt bereits kurz nach Kriegsbeginn zahlreiche Parteiaustritte in beide Richtungen – manchen Ausgetretenen war sie zu »Putin-freundlich«, anderen nicht mehr NATO-kritisch genug. Unübersehbar ist der Streit um die Einordnung und Bewertung des Kriegs gegen die Ukraine in vielen Kreis- und Ortsverbänden auch ein Generationenkonflikt. Während sich viele ältere Mitglieder, die noch zur Zeit des Kalten Krieges sozialisiert wurden, einem überkommenen Antiimperialismus verpflichtet fühlen, der seine Position weniger an Grundsätzen, als am Feindbild NATO festmacht, tendieren viele jüngere Mitglieder zur Gegenposition. Diese Bandbreite lässt wenig Spielräume für eine sichtbare LINKE Position, die in der Öffentlichkeit wahrnehmbar wäre. Es rächt sich hier auch der innerparteiliche Burgfrieden der Merkel-Ära auf dem Themenfeld der internationalen Politik.

Kein Durchdringen bei der Ungleichheit

Als dritten Mega-Trend auf dem Aufgabenzettel der Linken im 21. Jahrhundert nennt Göran Therborn die Ungleichheit. Diese fristet allerdings als politisches Thema in Deutschland etwa im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern ein Eigentümliches Schicksal. Sie spült offenkundig kein Wasser auf die Mühlen der LINKEN. Vier Aspekte erscheinen hier maßgeblich.

Während erstens in Großbritannien und den USA die soziale Ungleichheit (vor allem Einkommens- und Vermögensungleichheit) im Gefolge der Finanzkrise zum wichtigen Thema aufstieg, erlebte Deutschland diesbezüglich seinen Höhepunkt in den Jahren vor der Finanzkrise. Hierzulande scheiterten alle Versuche, eine Bewegung nach dem Vorbild von Occupy Wall Street u.a. zu imitieren, das Thema wurde vor allem als intellektuelles Sujet verhandelt. Zumal Sozialdemokratie und Bündnisgrüne wahrnehmbar von den neoliberalen Dogmen der Nuller Jahre abrückten, die Merkel-CDU sich dem Mindestlohn beugte und die FDP 2013 sogar aus dem Bundestag flog, schien die Dringlichkeit des Themas zunächst verflogen.

Zweitens plagen DIE LINKE die nach wie vor geringe gesellschaftliche und wahlpolitische Mobilisierung der Unterprivilegierten, die sich stark unterdurchschnittlich an Wahlen (geschweige denn Parteimitgliedschaften) beteiligen und wenn doch, oft gerade mit ihrer Stimme nicht Optionen unterstützen, von deren Politik sie selbst materiell am meisten profitieren würden.

Drittens hatte eine Politik für mehr Umverteilung von Einkommen, Reichtum und Macht in den vergangenen Jahren gesellschaftspolitisch keine Priorität. Kampagnen wie »Unfairteilen« blieben ähnlich wie der jüngst erhoffte »Heiße Herbst« gegen die Preissteigerungen bloße Funktionärsveranstaltungen. Diese Leerstelle kann viertens zu erklären helfen, warum die bemerkenswerte Auswertung von Staatsintervention unter der Corona-Pandemie sowie derzeit gegen die Angebotsschockgetriebene Inflation nicht mit einem Auftrieb für DIE LINKE einhergeht. Obwohl ausgerechnet unter einem Finanzminister der FDP mehrmals die Schuldenbremse ausgesetzt und eine Verteilungspolitik betrieben wurde, verbuchten die Menschen in Deutschland dies nicht als Bestätigung linker Forderungen und Programmatik. Vielmehr scheint sich ein Muster aus der Merkel-Ära fortzusetzen: Es hat sich eine aufmerksame Erwartungshal-

tung herausgebildet, wonach die Politik den Status zu erhalten und dafür andere Prinzipien hintanzustellen hat. Zwar wurde die Aufrechterhaltung des Status quo »verteilungsintensiver«, ihr Gelingen wird aber im Massenbewusstsein nicht als Erfolgsausweis interventionistischer Instrumente bilanziert.

Insofern scheint sich DIE LINKE hier in einem für sie sehr ungünstigen »Sandwich« zu befinden. Auf der einen Seite hat sie ihre Mission erfüllt, durch äußeren Druck den anderen Parteien den Neoliberalismus auszutreiben sowie die Wiederherstellung sozialer Sicherheit als politischem Imperativ für die Kernwähler*innen- und Wählerschichten der Volksparteien durchzusetzen. Jedoch fehlt auf der anderen Seite absehbar die programmatische, personelle und strategische Substanz nicht nur für eine originär systemgegenerische LINKE deutlich links von der Sozialdemokratie. Selbst für eine Politik, die eine Wiederherstellung integrierender und nivellierender Ordnungen des »Rheinischen Kapitalismus« (durch allgemeinverbindliche Tarifverträge, Aufwertung und Regulierung vor allem im Bereich privater Dienstleistungen, der Sorge-Arbeit, Einbezug neu entstehender Branchen in das bestehende Regulierungsgerüst) zum Ziel hätte, scheint die kritische Masse an Aktivist*innen, Wähler*innen und Fürsprecher*innen zu fehlen.

Eine Partei in schrittweiser Auflösung

Es könnte der LINKEN das Schicksal drohen, zur ersten Partei seit 1961 zu werden, die nach einem Prozess des Niedergangs in der Bedeutungslosigkeit endet. Am Ende des Jahres 2022 wird der Auflösungsprozess deutlich. Es lassen sich mehrere Problemebenen aufzeigen, die aufsteigend gesamtgesellschaftliche Strukturprobleme abbilden, DIE LINKE allerdings wegen ihrer geringeren Verankerung, Mitgliederzahl, politisch-institutionellen Macht besonders deutlich und inzwischen existenzgefährdend treffen.

Der Landesparteitag der LINKEN Nordrhein-Westfalens im Herbst 2022 offenbarte eine Partei, deren Flügel auf Führungsebene sich in einem unerträglichen Zermürbungskrieg gegenüberstehen. Da eine Seite öffentlichkeitswirksam per Brief einen Verzicht auf weitere Kandidatur ankündigte, freute sich der andere Flügel vorschnell darauf, nun durchmarschieren zu können. Am Ende stand jedoch ein Parteitag,

² Göran Therborn, *The World and the Left*, in: *New Left Review*, 63. Jg., Heft 137, S. 23–73, hier S. 56ff.

³ Caspar Hirschi, *Expertise in der Krise. Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise*, in: Büttner, Sebastian und Laux, Thomas (Hrsg.), *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik*, Leviathan Sonderband 38, Baden-Baden, Nomos 2021, S. 161–186, hier S. 165ff.

⁴ Robert Pausch, *Seltsam unvorbereitet. Die Grünen finden nicht so recht in diesen Wahlkampf hinein. Das hat auch mit den eigenen Schwächen zu tun*, in: *DIE ZEIT*, 17.6.2021, S. 2.

⁵ *Offener Brief*, Intellektuelle um den Publizisten Ralf Fücks plädieren für die kontinuierliche Lieferung von Waffen an die Ukraine – nachdem eine Gruppe um Alice Schwarzer davor gewarnt hatte, in: *DIE ZEIT*, 5. Mai 2022, S. 5.

⁶ Anna Geis, *Der Funktions- und Legitimationswandel der Bundeswehr und das »freundliche Desinteresse« der Bundesbürger*, in: Schoch, Bruno/Heinemann-Grüder, Andreas/ Hippler, Jochen/ Weingardt, Markus/ Mutz, Reinhard (Hrsg.), *Friedensgutachten*, Münster, LIT Verlag, 2007, S. 39–50, hier S. 48ff.

- bei dem Kandidat*innen in mehreren Wahlgängen nicht die minimal nötige Mehrheit fanden;
- bei dem nur nach stundenlanger »Bearbeitung« in buchstäblich letzter Minute eine Kandidatin für das Amt der Landessprecherin gefunden werden konnte;
- bei dem die Antipathien im Saal und am Rednerpult offen und eskalierend ausgetauscht wurden.

Und dies alles bei einer Partei, für die mangels Landtagsfraktion keine politische Mitsprache, sondern nur die inneren Verhältnisse auf dem Spiel stehen.

Auf dem Weg nach unten scheinen die letzten Rücksichten zunehmend zu fallen. Eine Ebene darüber zeigte der Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), dass diese, strukturbestimmende Fragestellung zum Sozialstaat und zur Rolle der Erwerbstätigkeit die Mitglieder kalt lässt. Nur ein Drittel der Mitglieder beteiligte sich, und – nach allen Erfahrungen mit der politischen Soziologie der Abstimmungen – trug die Seite Pro BGE den Sieg davon, da diese zwar in der Partei insgesamt in der Minderheit ist, allerdings die intensivere Präferenz und daher höhere Wahlbeteiligung aufwies. Das Ergebnis ist für eine sozialistische Partei ein katastrophales Armutszeugnis, da es signalisiert, dass DIE LINKE ihr ureigenes inhaltliches Kerngebiet selbst nicht ernst nimmt. Warum sollte sie von anderen politisch ernst genommen werden?

Die Antwort lieferte der Streit um die Milderung der Sanktionsinstrumente beim »Bürgergeld«. DIE LINKE spielte in der Debatte keine nennenswerte Rolle und konnte Zugeständnisse an die Unionsparteien, die eine Mehrheit im Bundesrat ermöglichen, weder verhindern, noch wirksam zum Anlass breiter Empörung machen. Wie bitter diese Niederlage für eine Partei ist, die eine ihrer Wurzeln in den Straßenprotesten gegen Hartz IV und sein Sanktionsregime hat, wurde nicht ernsthaft bilanziert.

Schließlich ist eine Auseinandersetzung mit der Causa Wagenknecht unvermeidlich. Dabei ist die bekannteste Politikerin der LINKEN zugleich Symptom und (Mit)Antrieb der Probleme. Der LINKEN fehlen allenthalben gesellschaftlich und massenmedial wirksame Multiplikatoren und organische Intellektuelle, weswegen Sahra Wagenknecht, zumal dank ihrer Lust an der Provokation, durch grobschlächtig vereinfachende Lösungen oftmals die verbliebene Aufmerksamkeit vereinnahmen kann. In der Figur Wagenknecht kristallisiert sich das gesellschaftlich gleichsam als Kehrseite des Merkelismus verbreitete Bedürfnis nach der einen richtigen Lösung, die gegen die verkommene Elite durchzusetzen sei.

Zugleich verkörpert und bedient Wagenknecht die erschreckend weit fortgeschrittene Ausdünnung politischer Streitthemen und -gegenstände auf die akademischen, lesenden Stände und den politisch-medialen Komplex, deren selbstbezügliche Auseinandersetzungen um geschlechtergerechte Sprache, paranoid-pauschale Spielarten von Antirassismus, LGBTI+Bewegung u.ä. den Alltag der allermeisten Menschen nicht berühren. Neben dem Personal der professionellen Politik von der allgemeinen Sozialstruktur hat sich auch das parteipolitische Spektakel von der folgewirksamen Seite der Entscheidungsprozesse merklich verselbstständigt. Die Auseinandersetzung um das »Bürgergeld« bildet eine bemerkenswerte Ausnahme von der Regel, die

allerdings tiefsitzende Stereotype und Stigmatisierungen der »unwürdigen« Armen aufrufen kann.

Dahinter scheint eine weitergehende Veränderung von hegemoniepolitischer Tragweite auf. Der Niedergang der LINKEN bei gleichzeitigem, fulminantem Aufstieg Wagenknechts in den Umfragen und dem Scheitern des »Heißen Herbstes« zeugen womöglich davon, dass sich unterhalb des Unterstützungszugs gegenüber einer Partei die Weise ändert, welchen politisch-sozialen Kräften im Alltagsverstand zugeschrieben wird, überhaupt politische Probleme lösen zu können. Skeptische Stimmen gegenüber einer etwaigen Abspaltung Wagenknechts mit eigener Partei verwiesen zutreffend darauf, dass die bereits mit ihrer Sammlungsbewegung »Aufstehen« gescheiterte Politikerin keine Organisatorin sei, sondern ihre Talente beinahe ausschließlich in allen publikumsnahen Bereichen der Politik lägen. Eine erfolgreiche Parteigründung, so die Erwartung, scheiterte an einem Funktionärskörper, Multiplikatoren und Fürsprechern in Gewerkschaften, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und hinreichend vielen Bodentruppen.

Gegen dieses stichhaltige Argument sei als Provokation eine Replik in den Raum geworfen: Was, wenn es auch in Deutschland in einem diffusen, nicht schwerpunktmäßig linken Spektrum ein hinreichendes Publikum gibt für eine akklamatorische Politik, wie sie auf der Rechten Donald Trump betreibt? Ein Publikum, das sich durch die Erfahrung der Ära Merkel durchaus zu Recht in Sicherheit vor einer Rückkehr des Neoliberalismus und anderer Zumutungen weiß und dessen Ansprüche sich weithin darin erschöpfen, dem verhassten »Establishment« seine Grenzen aufzuzeigen? Ein Publikum, das hinsichtlich der sozialen Frage eher zurück als nach vorne blickt und das – mangels einer emanzipatorischen Fortschrittsbewegung mit Massenbasis und weit verbreiteter Weltauffassung durchaus nachvollziehbar – sich mit der Verteidigung des Sozialstaats in den Grenzen des vertrauten »Rheinischen Kapitalismus« durchaus zufriedenen gibt?

Dieses Publikum wäre die konsequent zu Ende gedachte Pointe des Wagenknecht'schen »Linkskonservatismus«. Der Linkskonservatismus geht über die realistische Anspruchshaltung im Wagenknecht nahestehenden inner-LINKEN Aufruf »Populäre Linke« hinaus, wonach »DIE LINKE [...] auch Menschen erreichen [muss], für die ihre Arbeit, Familie oder andere Tätigkeiten wichtiger sind als politischer Aktivismus«. ⁷ Wagenknechts Linkskonservatismus propagiert nämlich nicht nur keinen Sozialismus oder anders gedachten visionären oder gar utopischen Horizont. Gegen seine innerparteilichen, »bewegungslinken« Gegner schüttet er das Kind vollends mit dem Bade aus und kennt keinerlei Grundlage in selbstermächtigender sozialer Bewegung im breiteren Sinne mehr. Wäre eine Wagenknecht-Partei mit dieser Aufstellung erfolgreich, stünde in Deutschland nicht nur die Existenz der LINKEN akut infrage. Mit der Botschaft aus der zweiten Strophe der Internationale, laut der es einen Prozess der Erlösung aus dem Elend brauche, den nur die Betroffenen selbst vollbringen können, wäre der begründende Impuls der Arbeiterbewegung schlechthin beerdigt.

■ ⁷ Online unter populaere-linke.de/.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

